

Meine sehr geehrten Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

auch ich darf Sie alle ganz herzlich begrüßen!

Heute Abend sind viele Menschen hier, die beruflich und ehrenamtlich in der Politik und in den verschiedensten Organisationen tätig sind. Unsere Gesellschaft lebt von engagierten Menschen. Ich freue mich sehr, dass wir mit so vielen engagierten Menschen die Wanderausstellung des deutschen Bundestages eröffnen können.

Mein besonderer Dank gilt Herrn Dr. Schulte und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreissparkasse Ludwigsburg. Sie haben uns Ihre schönen Ausstellungsräume zur Verfügung gestellt und uns diese Ausstellungseröffnung ermöglicht.

Mit dieser Ausstellung will der Bundestag zur Bevölkerung kommen. Ich freue mich über diese Begegnung. Demokratie lebt von Begegnung.

Wir alle hier wissen und sind überzeugt davon: Unser Grundgesetz ist die beste Verfassung, und unsere Demokratie die beste Regierungsform, die wir je in Deutschland hatten.

Wir haben freie, gleiche und geheime Wahlen auf allen Ebenen. Dadurch beteiligen sich die Bürgerinnen und Bürger an der Demokratie. Diese Art der repräsentativen Demokratie hat sich bewährt. Wir haben eine gute, funktionierende Demokratie.

Aber: Demokratie fällt nicht vom Himmel und sie ist auch nicht in Stein gemeißelt. Wir haben ein zunehmendes Desinteresse an Politik, ständig sinkende Wahlbeteiligungen, jetzt erst wieder in Mecklenburg-Vorpommern. Auch die Jugend müsste sich nach meinem Geschmack noch viel stärker politisch engagieren.

Für mich sind das alles ernste Anzeichen dafür, dass wir schnell und aktiv an der inneren Stärkung und Weiterentwicklung unseres demokratischen Gemeinwesens arbeiten müssen. Wir können nicht einfach stehen bleiben. Stehenbleiben ist hier, genauso wie in Wissenschaft und Forschung, ein Rückschritt. Das bedeutet: Wir brauchen auch einen demokratischen Fortschritt.

Wie soll dieser demokratische Fortschritt aussehen?

Nach meiner Überzeugung können wir ihn mit mehr Elementen direkter und partizipativer Demokratie erreichen. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss auch zwischen den Wahltagen die Möglichkeit haben, Demokratie aktiv gestalten und leben zu können. Wir sollten den Bürgerinnen und Bürgern, auch denen mit Migrationshintergrund, mehr direkte Einflussnahme ermöglichen.

Gestern fanden die bewegenden Gedenkfeiern zu den Anschlägen in den USA am 11. September 2001 statt. Sicher haben Sie das alle in den Medien mitverfolgt. Auch wir im Bundestag beschäftigen uns stark mit dem Thema Terrorismusbekämpfung, das aus meiner Sicht vor allem ein Thema der Kriminalitätsbekämpfung ist. Wenn wir jetzt den Bogen zur Demokratie ziehen, so könnten wir durchaus zu dem Schluss kommen, dass mehr Bürgerbeteiligung auch ein Schlüssel zur Terrorismusbekämpfung ist. Denn: Überzeugte Demokraten, meine Damen und Herren, sind für extremistische Positionen nicht anfällig. Wir brauchen in den Köpfen mehr demokratische Konfliktlösung und weniger Basta-Politik.

Dann arbeiten alle politischen Parteien, auch mein Kollege Bilger. Wie können wir mehr Bürgerbeteiligung, die „Politik des Gehörtwerdens“ in die Praxis umsetzen?

Die baden-württembergische Landesregierung hat hierfür, sehr innovativ, ein eigenes, hohes politisches Amt geschaffen, das der Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Es wird von Gisela Erler bekleidet, übrigens: ehrenamtlich

Heute Morgen habe ich Frau Erler zu einem Gedankenaustausch im Staatsministerium in Stuttgart getroffen. Schon zu Beginn unseres Gesprächs war klar, welche hohe Bedeutung das Thema Bürgerbeteiligung in der aktuellen Politik einnimmt.

Im Laufe des Gesprächs haben wir drei Komponenten von Bürgerbeteiligung heraus kristallisiert:

1. ) Soziale Komponente, v.a. auf kommunaler Ebene, Nahversorgung, Einbeziehung aller sozial engagierter Gruppen, bürgerschaftliches Engagement, hier darf auch über einen Bürgerhaushalt nachgedacht werden.
  
2. ) Planerische Komponente, S21 – nichts ist mehr so, wie es vorher war, neue Planungsverfahren,
  - die verbesserte Information über und Transparenz von Planungsverfahren
  - die stärkere Einbeziehung informeller Bürgerbeteiligung und alternativer Konfliktlösungsverfahren
  - die Umgestaltung des Bau- und Planungsrechts im Sinne von mehr Effizienz, Partizipation und direkter Demokratie
  - ein schlankes und schnelles Genehmigungsverfahren
  - eine bessere Zusammenarbeit von Bund und Ländern sowie Ländern untereinander bei Planung, Raumordnung und Genehmigungsverfahren
  - ein effektiver Rechtsschutz
  - und vor allem eine ehrliche Finanzierung. Dem werden sicher die hier anwesenden Bankvertreterinnen und –vertreter zustimmen. Wenn Sie ein Darlehen für einen Hauskauf vergeben, dann wollen Sie auch konkret wissen, was das Projekt am Ende kosten wird.

### 3.) Direkte Demokratie - Volksgesetzgebung

Viele Bundesländer haben zahlreiche positive Erfahrungen mit Bürgerentscheiden gemacht. Die Volksabstimmungen haben dort die Kluft zwischen Regierung und Volk verringert. Wenn Bürgerinnen und Bürger Entscheidungen mitbestimmen können, sind sie eher bereit, die Folgen dieser Entscheidungen mitzutragen. Und die Menschen wollen sich an den Entscheidungen beteiligen. Das hat zum Beispiel das "Wasser-Volksbegehren" gezeigt. Es gab mehr als 280 000 Unterschriften für Offenlegung aller Verträge zur Privatisierung der Berliner Wasserversorgung. Das war ein wichtiger Schritt in Richtung einer bürgerfreundlichen, einer transparenten Politik.

Hier in Baden-Württemberg sieht unsere Verfassung seit 1952 die Möglichkeit von Volksabstimmungen vor. Allerdings sind die Quoren, also die Mindestbeteiligungszahlen, so hoch, dass dieses Instrument erst ein einziges Mal zum Einsatz kam und prompt an den Quoren scheiterte. Hier besteht dringender Handlungsbedarf.

Die Volksabstimmung zu Stuttgart 21 steht bevor, wie Sie alle wissen. Auch sie unterliegt den genannten hohen Hürden. Unabhängig vom Ausgang der Volksabstimmung bin ich sicher, dass sie uns auf dem Weg zur Weiterentwicklung unserer Demokratie voran bringen wird.

Unsere Aufgabe in den Parlamenten ist es, die Regeln dafür zu setzen. Wichtig ist uns dabei, den Schutz der Verfassung, den Schutz der Grundrechte und den Schutz von Minderheiten auch bei mehr direkter Demokratie sicherzustellen.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger sind bereit, mehr Verantwortung zu übernehmen. 60 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes sind die Deutschen reif für mehr Bürgerbeteiligung und mehr direkte Demokratie. Diesen Demokratisierungsprozess müssen wir alle fördern und unterstützen. Er nutzt – und das sage ich ganz überparteilich – uns allen. Lassen Sie uns gemeinsam unsere Demokratie stärken. Das macht sie lebendiger und zukunftsfester.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.